



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

φ. τ.: Die Reichstagswahl in Bayern.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

von seinem Fenster aus zu, wenn seine Lieblinge aus dem Stalle geführt wurden. Im Essen und Trinken war er stets sehr enthaltfam, doch liebte er eine gute Cigarre und machte gern eine Partie Whist.

Von seiner Wohlthätigkeit ist, wie dies sonst bei reichen Amerikanern wohl zu geschehen pflegt, nicht viel in die Oeffentlichkeit gedrungen; auch sein Testament enthält in dieser Beziehung nichts Erwähnenswerthes. Er kaufte und verschenkte eine Kirche, „the Church of the Strangers“, mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß darin kein religiöses Sektenwesen getrieben werde; er selbst gehörte keiner bestimmten Glaubenssekte an. Auch gründete er zu Nashville im Staate Tennessee eine höhere Schule, die sogenannte „Vanderbilt University“. In seinem Testamente hat er die Mitglieder seiner Familie (er hatte vier Söhne und neun Töchter) und viele seiner treuen Diener reichlich bedacht; sein ältester Sohn William S. Vanderbilt erbte das Meiste und wird wahrscheinlich auch seinem Vater in der Präsidentschaft der „Newyork Central-Eisenbahn“ nachfolgen. Sein hinterlassenes Vermögen wird auf 70 bis 100 Millionen Dollars geschätzt.

Die sterblichen Ueberreste des Commodore Cornelius Vanderbilt wurden mit Vermeidung alles Pompes auf dem Moravian-Friedhofe bei New Dorp auf Staten Island beigesetzt.

Rud. Doehn.

Die Reichstagswahl in Bayern.

Wenn der große Wahlkampf des 10. Januar ganz Deutschland aufgeregt und durchzuckt hat, so hat er besonders unser Bayern mächtig bewegt. Sind wir doch so recht der Mikrokosmos des ganzen großen Reichs: nur die Polen und Protest-Elsässer fehlen uns, sonst haben wir all die großen, aufs Aeußerste gespannten Gegensätze des Reichstages aufs Schönste in und bei einander. Und diese Gegensätze standen sich bei unsern Wahlen so schroff gegenüber, wie es nur sein konnte. Auch wir haben der Ueberraschungen und Enttäuschungen, wenn wir nämlich Namens der liberalen Partei reden, genug zu verzeichnen. „So haben wir es uns doch nicht gedacht!“ heißt's an dem und jenem Orte, aber meist war der, der es nicht so, d. h. nicht an den Sieg der Sozialdemokraten oder der Conservativen da oder dort gedacht hatte, der ehrsame Philister, der immer hinter dem Bierkrug zu kannegießern versteht, am Tag der Wahl aber meint, daß es auf seine Stimme gerade nicht ankomme, und hübsch zu

Hause bleibt, während die rührigen Gegenparteien das Lösungswort ausgeben: „all Mann auf Deck!“ — und auch befolgt sehen.

Wir werden später darauf zurückkommen. Zuerst nur das kurze Resultat der bayrischen Wahlen, soweit es jetzt feststeht; denn noch sind die Stichwahlen nicht bethätigt, und diese sind es, die die treffenden Parteien, ja das ganze Land noch in erregter Spannung halten. Definitiv gewählt sind 35 Abgeordnete; 28 davon gehören dem Centrum, 2 der bayrisch-kerikalen Partei, 11 der nationalliberalen, 2 der freiconservativen Fraction, 1 der Fortschrittspartei, 1 der Gruppe Löwe-Zimm an. Aus diesen Angaben erhellt schon die wesentliche Verschiebung, in welcher die Abgeordneten des zweitgrößten deutschen Staates ihre Plätze im Parlamente einnehmen werden. Zuerst trifft das das Centrum; in ihm saßen bisher 32 tapfere schwarze Landsknechte unter dem Fähnlein des „Einsiedlers von der Trausnig“, Herrn Dr. Jörg. Jetzt gehen dem ohnehin in der letzten Zeit nicht ganz glücklichen Partisanen der bayrischen „Patrioten“ auf einmal 4 Mann ab. Einen kann er möglicherweise noch wieder gewinnen*), den würdigen Stadtpfarrer zu St. Peter in München, jenen Herrn Dr. Westermeyer, der auf seiner Kanzel den christlichen Wunsch ausgesprochen, daß den Fortschritt der Teufel holen möge, und der in jener denkwürdigen Abend Sitzung am 19. Juli 1870, als es sich um den Eintritt Bayerns in den Kampf für Deutschlands Recht und Ehre handelte, für Neutralität stimmte mit dem noch christlicheren Dictum: „Wenn mein Haus in Gefahr ist, brauche ich nicht das brennende des Nächsten zu löschen.“ Den Mann könnte allenfalls das Centrum noch haben, denn er kommt im Wahlkreis München zur Stichwahl. Aber eine andere, empfindlichere Einbuße hat die bisher im Reichstag wenigstens scheinbar so einträchtige bayrische kerikale Fraction erlitten. In ihrer eignen Mitte ist ein zwar lange schon vorhandener, aber immer noch etwas überkitteter, ziemlich tief gehender Riß aufgebrochen: die Extremen wollen sich das Commando Jörgs nicht länger gefallen lassen. „Was Döllinger einst in kirchlicher Beziehung war, das war bis jetzt Jörg in politischer; was jener jetzt ist, das ist auch dieser jetzt“, rief in den letzten Tagen ein bäuerliches Mitglied der bayrischen Abgeordnetenkammer in einer Volksversammlung mit Emphase aus, und einer seiner geistlichen Collegen donnerte von der Rednerbühne herab: „Wir müssen dahin trachten, den Großen und Gewaltigen wieder eine Verlegenheit zu werden. Wie wollen wir jedoch etwas zu erreichen suchen? Durch das Mittel der Revolution? Durch künstliche Erregung der Geister? Nimmermehr! Wir wollen etwas zu erreichen suchen, indem wir fordern, unaufhörlich fordern, und nicht aufhören zu fordern. Man soll nicht nur mit

*) Ist seitdem geschehen.

uns als einem Faktor rechnen, man soll uns und unsere Forderungen auch respectiven. Wir wollen nichts als die Freiheit, katholisch zu sein. Wir wollen die Selbständigkeit unserer Kirche, welche der Gottmensch selbst mit seinem Blute erkaufte hat.“ Und wie so gegen die draußen, hieß es dann gegen die drinnen: „der Katholizismus, der viele Feinde hat, hat gleichwohl keine größeren als die halben Katholiken, diese „Söhne des Pilatus.“ Mit Beben und Zittern unterhandelt diese Partei mit den Mächtigen der Erde. Sie rathen zum Frieden, weil sie sich fürchten. So haben sie den Herrn um des Friedens mit dem Cäsar willen ausgeantwortet. Die Katholiken Bayerns können auf diese Leute nicht länger mehr reflectiven. Sie brauchen entschiedenere Charaktere. Und solche gibt es“ — d. h. vorderhand sind doch nur zwei Gründer und zugleich Mitglieder der oben erwähnten neuen „bairisch-klerikalen“ oder besser „katholischen“ Partei nach Berlin entsandt: die Herren Dr. Ratzinger und Lindner, beide Priester, denen sich möglicherweise — tres faciunt collegium — noch der Vertreter Eichstädts, Domcapitular Stöckl, anschließen könnte, um diese interessante neue Fraktion des Reichstags zu vervollständigen. Daß das Wort „bairisch“ in ihrem Programm nur noch eine Complimentirphrase ist, daß sie vielmehr frank und frei die päpstliche Fahne aufhissen, darüber werden sich die genannten Herren selbst keiner Täuschung mehr hingeben.

Ganz verloren gegangen ist für die Ultramontanen ein bei der letzten Wahl von ihnen siegreich behaupteter Wahlkreis, Schweinfurt, in welchem der Regierungspräsident von Unterfranken, Graf Luxburg, die Majorität davongetragen hat, der schon Mitglied des ersten Reichstages gewesen ist und wohl wieder den „Freiconservativen“ sich gesellen wird. Das Gleiche wird der Botschafter des deutschen Reichs in Paris thun, Fürst Hohenlohe, dem der Wahlkreis Forchheim treu geblieben ist.

Rehren wir noch einen Augenblick zur Statistik der ultramontanen Stimmen zurück, so finden wir von Bayern 11 adelige Grundbesitzer, 8 Beamte, 1 Künstler (Erzgießereinspektor Müller, bei dem uns immer Gretchens Klage in den Sinn kommt: „es thut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh“), 7 Geistliche und nur 3 einfach „Bürgerliche“, von jener Seite nach Berlin entsandt. Von namhaften Nationalliberalen kommen Böck, Marquardsen, v. Schauff, die meisten Pfälzer und vor allem der bewährte Vertreter der Haupt- und Residenzstadt, Freiherr v. Stauffenberg, wieder.

Die Fortschrittspartei hat bis jetzt nur Einen ihrer bisherigen Kämpfer wiedergewonnen in dem Abgeordneten Herz. Dieser scheint seinen Berliner Wahlkreis, in dem er gegen einen Sozialdemokraten zur engern Wahl zu kommen hat, wieder mit einem heimathlichen vertauschen zu wollen. Wenigstens

hat er für den von Ansbach angenommen. Ueber den beiden andern bisherigen aus Bayern entsandten Mitgliedern der Fortschrittspartei, Frankfurter und Erhard, schwebt noch das Damoklesschwert der Stichwahl. Indem ich dieses schreibe, wird für den ersteren in Nürnberg der erneute Wahlkampf gekämpft. Es ist ein erbitterter und hoffentlich siegreicher. Das war eine der bitteren Ueberraschungen, von denen wir vorhin sprachen: in Nürnberg, der bisherigen Hauptstadt des Fortschritts, wo es an politischer Bildung und politischer Arbeit nicht fehlt, erreichen die Sozialdemokraten die Majorität von 10,025 Stimmen, und der Candidat der Liberalen erhält nur 9919, ein Frankfurter ist von einem Grillenberger, einem der kecksten sozialistischen Agitatoren geschlagen. Wir sind hier an dem Punkte, auch bei uns in Bayern das riesige Anwachsen dieser Partei, die bedeutende Steigerung des Prozentverhältnisses bei der Stimmenabgabe seitens derselben constatiren zu müssen. Auch hier war die sozialdemokratische Organisation eine ganz vortreffliche; an fanatisirten Wählern, und — was eigentlich am schwersten erklärbar ist — an reichlicher, immer neu zufließender Geldunterstützung für diese hat es nie gefehlt. Noch in einem zweiten Bezirk, Erlangen = Fürth, hat es der sozialistische Candidat gegenüber dem nationalliberalen, Professor Marquardsen, zu einer ansehnlichen Minorität gebracht.

Aber noch mit einer andern Gegnerschaft hatte der oben genannte bisherige Abgeordnete zu kämpfen. Sein Wahlbezirk war einer der allerdings wenigen, in welchen die Fortschrittspartei den anderswo freilich zähe festgehaltenen Versuch machte, einen eignen Candidaten aufzustellen und durchzubringen. Wenn irgendwo, so war das bei uns in Bayern ein ganz ungerechtfertigter, weil äußerst gefährlicher Vorgang. Einmal sind im größten Theil unsres Volks die Begriffe von der Parteistellung im Reichstag noch nicht so verkehrt, daß die Leute streng über Freund und Feind des „Compromisses“ zu Gericht geseffen wären — und dann stand gerade in solchen Kreisen, wo man den fortschrittlichen Candidaten gegen den nationalliberalen einzuschieben suchte, eine dritte Partei auf der Lauer, die für sie abfallenden Früchte der Zersplitterung aufzulesen und einzuheimsen. Das war die deutschconservative.

Schon bei der letzten Reichs- und Landtagswahl hatte diese Partei sich möglichst geltend zu machen gesucht. Sie war damals noch sehr jung und fand im Ganzen nur in engeren, kleinen, vom Adel und der evangelisch-orthodoxen Geistlichkeit bearbeiteten Kreisen Eingang und Anhänger. Auch das ist, seit dem im Sommer vorigen Jahres ihre Fusion mit der allgemeinen deutschen conservativen Partei vollzogen worden, anders geworden. Die oben Genannten, unsre Junker und der Clerus, haben sich im Süden wie im Norden noch mehr gefunden und aneinander geschlossen: dort wie hier dieselben

Schlagworte: „Der Liberalismus an allem politischen und wirthschaftlichen Unheil schuld, die Religion in Gefahr, die Schule entchristlicht“ u. s. w.! Dabei tritt hier und da mit den „reichspostlerischen“ (man nennt so die Partei nach ihrem Hauptorgan, der nun von Augsburg nach Frankfurt verlegten „Reichspost“) Pfarrern ein Agrarier, so namentlich ein Baron von Thüngen, vor das Landvolk hin und wirft erhitze Phrasen von der „Herrschaft des Kapitals“, von den „Gründern“, welche er alle über einen Kamm schiebt und allesammt als „Betrüger“ charakterisirt, dazwischen auch etwas Judenhege unter die Masse — und „semper aliquid haeret“, die Leute glauben's am Ende doch, und die Deutschconservativen gewinnen von Tag zu Tag mehr Einfluß und Boden.

Der zweite der oben genannten bisherigen fortschrittlichen Abgeordneten, Erhard, hat dasselbe von ihnen zu erfahren gehabt, was sein College Frankensburger von den Sozialdemokraten: er ist in seinem Wahlbezirk Dinkelsbühl-Feuchtwangen seinem conservativen Gegner, Regierungsrath Luthard von Augsburg, dem eigentlichen Stifter und Leiter der „Reichspost“, zwar nicht so unterlegen, daß dieser mehr Stimmen erhalten hätte, aber die Majorität hat er eben nicht zusammengebracht: auch da muß es zur Stichwahl kommen. Sie wird eine ernste Probe für die Herren Conservativen sein. Diese können in dem genannten Wahlkreise siegen, wenn sie die Unterstützung der in demselben eine bemerkenswerthe Minorität bildenden Ultramontanen annehmen, und diese Unterstützung ist ihnen angeboten. Für ihre liberalen Gegner könnte es am Ende erwünscht sein, daß, selbst auf die Gefahr hin, diesen Posten momentan verloren zu sehen, jener Compromiß zu Stande käme — denn damit wäre jene Partei, die bisher immer so emphatisch und hoch und theuer jede Gemeinschaft mit und jede Hinneigung zu den Römlingen abgeleugnet und von sich gewiesen hat, so compromittirt, daß sie für die Folge lahm gelegt wäre und vom politischen Schauplatz abtreten müßte. In Nürnberg hat ihr Führer Luthard die Parole ausgegeben, im Kampf der engeren Wahl für den fortschrittlichen Candidaten gegen den sozialdemokratischen einzutreten. Das ist anerkennenswerth — aber die Consequenz dieser richtigen Anschauung der Dinge wäre nun auch die Ablehnung jener ultramontanen Unterstützung.

Fragen wir nun noch, wie es möglich war, daß eine solche Gefährdung der bisherigen Position der liberalen Parteien, wie sie doch offenbar in dem Erstarken der Sozialdemokratie und der Conservativen vorliegt, eintreten konnte, an wem die Schuld — und eine Schuld muß doch hier vorhanden sein — liegt, so mögen sich Regierung, Volk und Führer des Volks in diese theilen.

Unsre Herren Staatslenker mögen mit Recht vor dem Ausfall der Wahlen erschrocken sein: sie müssen sich sagen, daß es an ihnen gelegen hätte, Manches zu verhüten, nicht jetzt — da war's zu spät — aber früher, viel früher. Die reaktionären Saaten eines v. d. Pforten, Reigersberg u. A. sind jetzt aufgegangen. Der Ultramontanismus hätte nie seine jetzige herausfordernde, übermächtige Stellung einnehmen können, wenn sich der Staat von jeher seiner Kraft — und seiner Würde bewußt gewesen wäre, wenn er den Clerus in seine Schranken zurückgewiesen hätte. Kein Staat in der Welt hat in Verfassung und Concordat solche Handhaben und Waffen gegen Uebergriffe der Curie wie Bayern, aber man hat diese ruhig liegen und verrostet lassen, ja lieber mit jener geliebängelt, um seiner reaktionären Gelüste und Ziele desto sicherer zu sein. Hätte man damals, als unsere tapfern Soldaten auf den Schlachtfeldern Frankreichs mit ihren deutschen Brüdern in Blutgemeinschaft getreten waren, als die gewaltigen Ereignisse des Jahres 1870 die auf ganz anderen staatsrechtlichen Grundlagen gewählten Volksvertreter überholt hatten, sich zur Auflösung der Kammer entschließen können und an die Stimme des Landes appellirt — ein anderer bayrischer Landtag wäre zusammengetreten, andere Wahlen wären für das Parlament zu Stande gekommen, die reichsfeindlichen Gedanken und Bestrebungen, die nun den Ton unter den bayrischen Abgeordneten hier und dort angeben, hätten nimmermehr die Oberhand gewonnen. Aber seit Jahren ist das bayrische Ministerium das der verfehlten Gelegenheiten — anstatt die liberale Gesinnung des Volks zu fördern und zu kräftigen, traut es der liberalen Partei nicht und willfahrt sogar gerne den Anträgen der Ultramontanen und Conservativen, weil es bei dem Mangel eines vollkommen muster-gültigen Gewissens in politischen Dingen die Angriffe der Liberalen fürchtet.

Nächstdem mögen aber auch die Liberalen selbst und ihre Führer einen guten Theil der Schuld an dem, was bei unsern Wahlen, und auch wohl anderswo, an Fehlern und Gebrechen zu Tage getreten ist, auf sich nehmen. Auf der einen Seite war zu wenig Fühlung mit den eignen Gesinnungsge-nossen, viel zu wenig Organisation, Disciplin und was man sonst noch braucht, und worin die Gegner so ausgezeichnet geschult waren — auf der andern viel zu viel Sicherheit, Voreingenommenheit, stolze Gewißheit eines sichern Erfolges vorhanden. Kirchthurm-, Lokal-, Personalinteressen, im Großen wie im Kleinen, thaten das ihre, die Stimmen zu zersplittern, statt zu einen. Wo man die Wähler am nöthigsten brauchte, waren sie vielleicht gerade am wenigsten am Plage. Von den feindlichen Parteien haben gewiß über 90 Prozent der Wahlberechtigten, von den Liberalen dagegen vielleicht nur 50 ihrer Pflicht genügt. Lauheit und Passivität sind noch immer die gefährlichsten Feinde der guten Sache. Das Bewußtsein, daß man nicht nur politische Rechte, sondern auch

Grenzboten I. 1877.

Pflichten hat, ist noch lange nicht in succum et sanguinem unfres Volkes gedrungen.

Nun, eine ernste Lehre ist uns gegeben. Noch ist es Zeit, daß wir sie nützen. Drei Jahre zur Arbeit sind uns wieder als Frist gesteckt. Die Gegner werden, durch den unleugbaren, ihnen selbst unerwarteten Erfolg, den sie errungen, ermuthigt, diese wohl anwenden. Thun wir ihnen nicht gleich, dann haben wir bei der nächsten Reichstagswahl keinen Grund zur Klage, wenn wir Andere an dem Platze sehen, auf den wir Unrecht zu haben glaubten.

— p. r.

Vom preußischen Landtage.

Berlin, 11. Februar.

Fast eine ganze Woche noch hat das Abgeordnetenhaus auf den Stat des Ministeriums des Innern verwandt. Schwerlich wird Jemand behaupten wollen, daß das Land mit Befriedigung auf diese Verhandlungen blicken könne. Der Ton, welchen das Centrum in die Debatte einzuführen bemüht ist, wird immer bedenklicher. Die ultramontanen Herren benutzen die Privilegien der parlamentarischen Tribüne, um das Werk der Volksbethörung, soweit sie es in ihren Massenversammlungen ungestört nicht vermögen, zu vollenden. Herr Windthorst wirft dem Minister Ausdrücke wie „Unwissenheit“, „Kinderei“ u. s. w. an den Kopf, ermahnt die gesammte katholische Jugend, um keinen Preis in den Staatsdienst einzutreten, nennt die Maigesetze „bloße Willkürmaßregeln.“ Was kümmert ihn der Ordnungsruf des Präsidenten! Ist die Brandrede einmal ins Land hinausgeschleudert, so kann man solche Censur getrost einstecken. Noch widerlicher treiben es die kleineren Geister der Partei, die Schröder-Lippstadt, die Röckerath und wie sie sonst heißen. An der welfischen Excellenz ist wenigstens noch ein Rest von staatsmännischem Anstand haften geblieben; die Kleonnaturen, welche ihm sekundiren, schwelgen im schrankenlosen Cynismus. Man kann nicht verkennen: es ist Methode in diesem Verfahren. Warum auch nicht? Wenn man es darauf angelegt hat, den Staat zu ruiniren, warum sollte man nicht diejenige Institution des Staates, auf welche man den größten Einfluß hat, die parlamentarischen Versammlungen, am ersten zu Grunde richten wollen!

Die Herren vom Centrum berufen sich darauf, daß sie das Parlament zur Kundgebung ihrer Beschwerden benutzen müssen, weil ihnen jede andere